

ETHAN YOUNG

DIE GEKAUFTE SCHLAMMSCHLACHT

OBAMA, ROMNEY UND DER KAMPF UMS WEISSE HAUS

«Die größte Schlammschlacht aller Zeiten» – das könnte, so die vorherrschende Einschätzung der US-Medien, der Präsidentschaftswahlkampf in den Vereinigten Staaten werden. Denn die Anhänger des demokratischen Amtsinhabers, Barack Obama, und seines republikanischen Herausforderers, des Multimillionärs und früheren Gouverneurs von Massachusetts Mitt Romney, stünden sich unversöhnlich gegenüber.

In der Tat haben sich die Republikaner zu keinem Zeitpunkt damit abgefunden, dass sie die Macht an den Demokraten Obama verloren haben. Die stramm rechte Tea-Party-Bewegung, die sich nach dem Amtsantritt des ersten afroamerikanischen Präsidenten formierte, hat die Republikanische Partei weiter nach rechts getrieben. Seit im Herbst letzten Jahres, nach gewerkschaftlichen Abwehrkämpfen in mehreren Bundesstaaten, Occupy Wall Street die politische Bühne betreten hat, gibt es nun auch auf der Linken eine soziale Bewegung, wie sie das Land seit Jahrzehnten nicht gesehen hat.

Aber sind die politischen Differenzen zwischen den beiden Lagern tatsächlich so groß, wie es in der medialen Polarisierung erscheint? Über welche Machtressourcen verfügen die Kandidaten? Wo liegen die Fallstricke ihrer Kampagnen? Und welche Rolle spielt die demokratische Linke?

Schon immer ist die US-Gesellschaft durch tiefgreifende Verwerfungen gekennzeichnet, aber zu keiner Zeit in der Geschichte des Landes waren sie so klar erkennbar wie im Vorfeld dieser Präsidentschaftswahl. Dabei liegt der Grund nicht etwa in der Unterschiedlichkeit der beiden Kandidaten, wie beide Seiten behaupten. Was das politische Denken der Amerikaner von heute beschäftigt, ist die grundlegende Veränderung der Stellung ihres Landes in der Welt, der Aufstieg derer, die die Geschichte als «Minderheiten» klassifiziert hat, sowie die krasse Abnahme des Lebensstandards der Durchschnittsbürger. Der Patriotismus Reaganscher Prägung hat sich endgültig an der Realität einer Welt nach dem Kalten Krieg aufgebraucht.

Jede Art von sozioökonomischem Wandel hat Auswirkungen auf die allgegenwärtige Rassentrennung. Die heftige rassische Polarisierung dieser Tage ist eine Gegenreaktion auf die Wahl des ersten afroamerikanischen Präsidenten, welche die Gesellschaft der USA trotz der lautstarken Eigenbeweihräucherung über diesen historischen Durchbruch bis ins Mark erschüttert hat.

Die «Angst vor einem schwarzen Planeten» (wie die Hip Hop-Gruppe Public Enemy modernen Rassismus definierte) hat eine Flut codierter Euphemismen in der öffentlichen Debatte ausgelöst: Dabei wird Obama als «Muslim», als «Sozialist», als «Harvard-Schnösel» bezeichnet, der die Nöte der «wahren Amerikaner» nicht kennt, weil er nämlich – so die indirekte Botschaft – gar keiner ist. Die Anonymität des Inter-

net liefert das breiteste Medium für offenen Rassismus seit der Bürgerrechtsbewegung – wobei hauptsächlich auf den Präsidenten und seine Familie abgezielt wird.

Eindeutige Rassismusbekundungen von Spitzenvertretern der großen Parteien markieren eine Verschiebung der Normen, wie sie zu Hochzeiten der Bürgerrechtsbewegung geprägt wurden. All jene, die in den USA in den frühen 70er Jahren groß wurden, wundern sich für gewöhnlich über den Hass (besonders dann, wenn er von etablierten Republikanern gepredigt wird) oder – wenn sie über ein Geschichtsbewusstsein verfügen – reagieren wütend. Die ideologische Polarisierung prägt nun die öffentliche Wahrnehmung der Wahlen.

Das Schisma zwischen Rechts und Mitte-Links verläuft unregelmäßig mitten durch rassische, geschlechtliche, städtisch/ländliche, Generations- und Klassenzugehörigkeiten. Es ist derzeit noch nicht absehbar, wie beide Seiten die nötigen Stimmen aufbringen werden, um entscheidend zu gewinnen. Denn ein entscheidender Sieg muss her. Wir alle haben noch die knappe Wahl von 2000 im Gedächtnis, die letztlich nicht durch die Stimme des Volkes, sondern durch einen Beschluss des von Rechten dominierten Obersten Bundesgerichts entschieden wurde. Beide Kandidaten haben schwierige Hürden zu überwinden, die zu einem weiteren Zusammenbruch des Wahlsystems führen könnten. Momente solcher Instabilität haben in der Geschichte der Vereinigten Staaten bereits mehrfach zu einem Anstieg phy-

sischer Übergriffe der gut bewaffneten, sich immer paranoid gebenden extremen Rechten gegen ihre vermeintlichen Feinde geführt.

OBAMA: GEFÄHRDET IM AMT

Es ist schwer zu sagen, wie viel Unterstützung Präsident Obama noch in der Bevölkerung genießt. Aktuelle Umfragewerte zeigen ihn vor seinem designierten Konkurrenten, Mitt Romney. Dieser Vorsprung kommt nicht ganz von ungefähr, ist Obama doch ein geschickter Kommunikator. Historisch gesehen ist es jedoch so, dass Amtsinhaber verlieren, wenn die Arbeitslosigkeit hoch oder die Lebenshaltungskosten (z. B. die Benzinpreise) nahezu unerschwinglich werden. Diese unerbittliche Tatsache erschwerte Obamas Wahlkampagne, aber daneben muss er noch andere, weiter reichende Probleme angehen.

So ähnelt seine Stellung zur aktiven Basis der seines politischen Mitdenkers und Vorgängers Bill Clinton. Anders als Clinton jedoch baute er seine Wahlkampagne 2008 auf einem mächtigen Aufruf an die Linke für Frieden und Gleichberechtigung auf.

Obamas Anbiederung als Amtsinhaber an das Militär, die Wall Street und die Privatisierung hat zur Abkehr oder bestenfalls zur Indifferenz vieler seiner ehemaligen Unterstützer geführt. Sein Wahlkampf motto 2008 – «Hope and Change» – hatte großen Enthusiasmus in der zersplitterten Linken ausgelöst, insbesondere nach zwei Amtsperioden des entschieden reaktionären George W. Bush. Das Motto fand Eingang in die Viertel der Schwarzen und Latinos in den Innenstädten und in die Wählergruppen, die am stärksten von den sozialen Bewegungen der Linken geprägt wurden: Frauen, geschlechtliche Minderheiten, Umweltschützer, Friedensaktivisten etc. Wo Nichtregierungsorganisationen und Bürgerinitiativen auf legale Weise Obama unterstützen und Kampagnen für ihn organisieren durften, taten sie dies auch. Die Gewerkschaften und der linke Flügel der Demokraten sahen in ihm ihren Wunschkandidaten, und während seine Appelle zu Themen wie einer nationalen Gesundheitsreform und der Besteuerung der Reichen begrüßt wurden, herrschten große Erwartungen, die eine Kampagne beflügelten, die selbst die Züge einer sozialen Bewegung aufwies.

Als gewählter Präsident hat Obama versucht, sich von der Linken abzusetzen, parteiübergreifende Vereinbarungen mit der Rechten im Kongress zu treffen (vergeblich), um sich auf diese Weise als Mann der goldenen Mitte feiern zu lassen. So rückte er von seinen Versprechen ab, das Gesundheitssystem zu entprivatisieren, die Organisationsrechte der Arbeiter zu schützen und den Guantánamo-Gulag zu schließen, um nur einige gefährliche Konzessionen gegenüber der Bush-Agenda aufzuführen, gegen die er einst ankämpfte.

So kann es nicht verwundern, dass ein erheblicher Anteil von Obamas aktiver Basis – all jene, die bei der Organisation, der Einarbeitung und dem Wahlkampf von Tür zu Tür eingespannt waren – nun mehr von der Angst vor einem Sieg der Republikaner als von Loyalität zu ihrem Kandidaten angetrieben werden. Dies könnte bei einem knappen Wahlkampf große Probleme aufwerfen, da es eine weit verbreitete Ernüchterung mit seiner wenig progressiven Amtsführung offenbart.

Aber da beide politische Parteien auf Kapital angewiesen sind, gilt die größte Sorge Obamas der Vereinnahmung des Großteils der Machtelite des Landes, egal wie knapp diese auch ausfallen mag. Dies lässt sich schon an der Summe seiner Unternehmensspenden und am Ton ablesen, den die

etablierten Medien in der Berichterstattung und der Kommentierung seiner Kampagne anschlagen. Im Augenblick gilt Obama im politischen Panorama der etablierten Medien noch als Mann der Mitte. (Um das Etikett des Extremismus abzuwenden, hat die republikanische Führung es auch für nötig befunden, den «moderaten» Romney ins Rennen zu schicken, obwohl die Basis eindeutig einen Rechtsaußen-Mann vorgezogen hätte.) Auch wenn es jetzt noch unwahrscheinlich anmutet, könnte die hysterische Hetzpropaganda der Murdoch-Sender noch vor November in der Medienlandschaft überwiegen. Sollte dies eintreten und Obama zusätzlich zu den bezahlten Fernsehkampagnen der Opposition dauerhaft in den Fernsehnachrichten und den Tages- und Wochenzeitungen in den Schmutz gezogen werden, würde das bedeuten, dass die herrschenden Klassen sich von seiner speziellen Marke «realpolitischer» Außenpolitik und seiner sich in Grenzen haltenden Verteidigung des sozialen Netzes (Medicare, Soziale Sicherheit etc.) endgültig abgewendet haben.

DIE RECHTSWENDE DER MACHTELITEN

Schon jetzt kann man die neuerliche Rechtswende der Machtelite an der Vermehrung von Aktivistengruppen ablesen, die einer sozialdarwinistischen Ideologie der freien Marktwirtschaft anhängen, die den Notwendigkeiten des Neoliberalismus gehorcht. Dazu gehören die Federalist Society, die Handelskammer der Vereinigten Staaten und der American Legislative Exchange Council (ALEC).

Bei der Federalist Society handelt es sich um eine konservative Elite von Richtern, Anwälten und Professoren der Rechtswissenschaften, die derzeit das Rechtssystem dominieren. Einer ihrer Gründer ist Robert Bork, dessen Bestellung an das Oberste Bundesgericht 1987 durch Reagan von einer breiten Koalition unterbunden wurde. Bork ist jetzt Romneys wichtigster Berater bei gerichtlichen Bestellungen.

Die US-Handelskammer bezeichnet sich selbst als «die weltgrößte Unternehmensvereinigung, die mehr als drei Millionen Unternehmen und Organisationen jeder Größe, Branche und Region vertritt.» Ihre unternehmensfreundliche Agenda spricht sich gegen Regulierungen und Reformen vonseiten der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen aus. Zu den maßgeblichen Kräften hinter der Handelskammer zählen die enorm einflussreichen Erdöl- und die Pharmaunternehmen.

ALEC wiederum dient als Mittler zwischen Konzernen und Abgeordneten der Bundesstaatenparlamente mit dem Ziel, Gesetze im Sinne der Konzerninteressen einzubringen oder entsprechend abzuwandeln.

FÜHRUNGSGESTALT ODER PARIÄ?

Solange die Präferenz der gespaltenen Machteliten für einen Präsidentschaftskandidaten noch nicht feststeht, muss man Obamas Position als doppelt heikel bezeichnen.

Einerseits zeigen Umfragen, dass Obama weiterhin das Vertrauen seiner Stammwählerschaft genießt:

- die zwei landesweit größten «nicht-weißen» ethnischen Gruppierungen, die Afroamerikaner und Latinos (mit Ausnahme der älteren Generation kubanischer Amerikaner);
- die jüngere Generation der «Millennials», insbesondere Studenten;
- Angestellte und Fachleute mit universitärem Hintergrund, überwiegend im öffentlichen Sektor angestellt (z. B. Regierungsangestellte) sowie
- gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer.

Zu diesen Gruppierungen müssen Millionen Frauen hinzugezählt werden, die sich nach Romneys öffentlicher Absage an eine Stärkung der Frauenrechte zugunsten sozialkonservativer Wählerinnen und Wähler (besonders der religiösen Rechten) von den Republikanern abgewandt haben.

Aber Obama genießt immer noch zu wenig Unterstützung von weißen Arbeitern mit geringer Bildung im mittleren Alter und älter, also der Gruppe, die man landläufig die Mittelschicht nennt. Zudem wird er vom Finanzsektor gefürchtet, den er seit Beginn seiner Amtszeit so eifrig unterstützt hat. Für die Ängste der Mittelschicht kommen die steigende wirtschaftliche Unsicherheit und der Rassismus als Erklärungsmodelle in Frage (wozu die fest verwurzelte, schwelende Angst vor einer schwarzen Vergeltung zählt). Was den Finanzsektor angeht, ist eine ganz ähnliche Phobie am Werke: Denn die Wall Street selbst ist aufgrund ihrer öffentlich gewordenen Verfehlungen und einem inhärenten Elitarismus selbst zum Paria geworden.

Profitjäger erschreckt die Möglichkeit des Aufkommens einer populären Gegenbewegung, weil sie nur zu gut wissen, wie glimpflich sie davongekommen sind. So tendieren sie dazu, Romney als einen der ihren anzusehen, der dazu noch die «richtige» Hautfarbe aufweist, und fürchten, dass Obamas Loyalität zu ihnen durch seine Wählerschaft und seinen Mangel an Unterstützung aus der Geschäftswelt kompromittiert werden könnte.

Obama – der versucht, die erforderliche Unterstützung aus polarisierten sozialen Sektoren zu beziehen – ist selbst zwischen verschiedenen Richtungen hin- und hergezogen. Romney versucht das Problem durch kaltschnäuziges Lügen und tägliche Kehrtwendungen und Selbstbetrügereien zu lösen. Obama dagegen wagt den Drahtseilakt zwischen den sich nach Sicherheit sehnenenden Wählerinnen und Wählern der Mittelschicht und der Regulierungsangst des Finanzsektors, den er als zentrale Finanzierungsquelle nicht vernachlässigen kann. Für beide Gruppen hat eine verbesserte Ökonomie mehr Gewicht als die Botschaft seiner Wahlkampagne.

MITT ROMNEYS OPTIONEN

Da das reale Jobwachstum sich in Grenzen hält, könnte Obamas größte Hoffnung in Mitt Romneys Unzulänglichkeiten bestehen. Der Kandidat der Republikaner macht einen so deplatzierten Eindruck wie ein Theologiestudent in einem Striplokal. Er ist ein schwacher Selbstdarsteller, der seiner Stammwählerschaft gegenüber den stramm rechten Politiker geben muss, in der Öffentlichkeit aber Positionen des Mitte-Rechts-Lagers (seine ursprüngliche Ausrichtung) vertritt.

Bob Wing, ein namhafter Organizer aus North Carolina, beschreibt das politische System so: «Parteien in den USA werden eher von Kandidaten und Amtsinhabern als von Langzeitparteiführern oder einer Ideologie, geschweige denn einer sozialen Basis geprägt. Parteien in den USA sind breite Koalitionen, die von biegsamen Kandidaten/Mandatsträgern mit vagen politischen Überzeugungen geführt werden, die eine große Wählerschaft anziehen, nicht straff organisiert sind und oft widerstreitende Interessen vertreten.»

An ihrer Basis ist die Republikanische Partei (unter dem Einfluss des Konzernkapitals) zu einem Club kleiner Geschäftsleute, religiöser Rechter, libertärer Sonderlinge und paranoider Schusswaffenfetischisten degeneriert, deren Hass auf den Präsidenten schwelt. Romney gehört nicht

zu ihnen. Er entstammt der großen Politik (regierte einen Bundesstaat im Nordosten mit dem Ruf eines sentimentalen Liberalismus), der großen Geschäftswelt (Bain Capital, berühmt-berüchtigt für den Tod kleiner Unternehmen), der «Ostküstenelite» (zwei Abschlüsse in Harvard), einem erbten Vermögen (das er nicht verstecken kann, so sehr er sich auch darum bemüht) sowie einem religiösen Hintergrund (Mormone), den die meisten Fundamentalisten als fremdartig und profan abtun.

Kurzum: Die ultrakonservativen Ränge der Partei verfügen über einen Kandidaten, der all das verkörpert, was sie an der moderaten, informierten Aristo-Bürokratie so hassen, die sie glaubten, im Tea-Party-Tsunami von 2010 in Grund und Boden geschmettert zu haben.

Romney kann allein aufgrund seiner persönlichen Ausstrahlung nicht gewinnen. Seine Nominierung verrät mehr über die uneingestandene Nebenrolle der radikalen Rechten als über die reale Mitte-Rechts-Gefolgschaft jenseits der Konzernunterhändler. Die republikanische Basis ist so demoralisiert, dass sie sogar vor den Wahlen auseinanderfallen könnte. In diesem Fall hätte Romney nur noch wenige Trümpfe in der Hand. Aber diese Karten sind die wirklich wichtigen.

Erstens: Romney ist bei dieser Wahl die einzige Alternative zu Obama. Alle, die entschlossen sind, den Präsidenten aus dem Amt zu jagen, werden über ihren Schatten springen, wie es so viele Linke so lange Jahre getan haben, und für das kleinere Übel votieren. Diese Aussicht könnte noch durch die Wahl eines ultrarechten Vizepräsidentenskandidaten versüßt werden (der Palin-Trick), aber dies könnte wiederum die so begehrten unabhängigen «Wechselwähler» abschrecken.

Zweitens: Romney verfügt über unbegrenzte Geldmittel für die Kampagnenwerbung, unabhängig davon, ob er den Löwenanteil der Machteliten auf sich vereinigen kann. Diese Gelder werden zur Verunglimpfung Obamas eingesetzt.

Schlussendlich kann er einen Joker ausspielen: die Beschneidung des Wahlrechts auf Bundesstaatsebene. Dazu werden Gesetze in den Parlamenten der Bundestaaten durchgesetzt, die wichtigen demokratischen Wählergruppen die Teilnahme an der Wahl erschweren. Diese Gesetze werden von rechten, konzerngestützten Think-Tanks entworfen und dann von der seit 2010 bestehenden neuen republikanischen Mehrheit eingereicht (und manchmal verabschiedet).

Die hysterischen Attacken, das Gerangel um die Begrenzung des Wahlrechts und die Entschlossenheit, den Äther mit dauernder Kampagnenwerbung zu verstopfen, bezeugen die Panik der Republikaner, die Wahl am Ende zu verlieren. Dabei verkünden sie, ob realistisch oder nicht, dass diese Wahlen die «letzte Chance» darstellen, bevor ein grundlegender Machtwechsel Amerika für immer verändern wird. Wie soll man diese Botschaft anders deuten denn als Appell an die weiße Paranoia?

LINKS UND RECHTS

Die Linke fristet derzeit in noch stärkerem Ausmaß als die Rechte eine Randexistenz, erholt sich aber langsam wieder – teils, weil Gewerkschaftspopulismus und Kosmopolitismus begonnen haben, Fremdenfeindlichkeit und sozialen Konservatismus offensiv anzugehen. Obwohl die Linke noch Jahre vom Aufbau einer ernst zu nehmenden politischen Kraft entfernt ist, zeigen Umfragen eine breite Akzeptanz der Occupy-Bewegung, der gleichgeschlechtlichen Ehe, der Wohlstandsumverteilung, der Steuerprogression etc.

Auch wenn sie über die größere Anzahl organisierter Anhänger und über mehr Einfluss verfügt, verliert die radikale Rechte Stoßkraft an die Occupy-Wall-Street-Bewegung und leidet an ausbleibenden Kampagnen der Republikaner gegen Gewerkschaftsrechte und soziale Bewegungen. Im Jahr 2011 wurde der Mittlere Westen von einer antidemokratischen und antigewerkschaftlichen Massenbewegung erschüttert, die durch Maßnahmen neu gewählter Abgeordneter der Tea-Party-Rechten initiiert worden war. Dieser Kampf dauert an: Eine Kampagne zur Abwahl des Gouverneurs von Wisconsin würde den Staat wieder in die Hände der Demokraten überführen. Im November 2011 mobilisierten die Gewerkschaften des Bundesstaates Ohio ihre Wähler, um ein gewerkschaftsfeindliches Gesetz mit 61 zu 39 Prozent zu kippen. Die Bürgerinnen und Bürger von Michigan sind wütend über Bestrebungen, gewählte Stadtregierungen durch bundesstaatlich eingesetzte, konzerngestützte «Notfall-Finanzmanager» zu ersetzen. Von den Massenprotesten wurden sowohl die politische Mitte als auch die Rechte überrascht.

Politische Maßnahmen der Republikaner haben darüber hinaus eine Wiederbelebung sozialer Bewegungen bewirkt. So hielt ein von der Waffenlobby beeinflusstes Gesetz die Polizei wochenlang davon ab, die Festnahme des Mitglieds einer Bürgerwehr vorzunehmen, das einen unbewaffneten schwarzen Jugendlichen namens Trayvon Martin aus Sorge um die «Sicherheit» seines Viertels erschossen hatte. Der Umfang und die Wut der darauf folgenden Proteste erinnerten an die Bürgerrechtsbewegung zu ihren Hochzeiten. Versuche der Bundesstaaten, die Geburtenkontrolle zusammen mit Abtreibungsrechten zu unterdrücken, trafen ebenfalls den Nerv der angeblich «post-feministischen» Generation. Die Social Media verlinkten daraufhin unverzüglich Millionen Nutzer mit der Protestbewegung und mobilisierten Tausende Menschen vor Ort.

Ein weiterer Grund für die Schwäche der radikalen Rechten ist ihre Verbitterung über die Hinhaltetaktik der Mitte-Rechts-Republikaner angesichts ihrer Siege bei den Wahlen 2010, denn die Bindungen, die ihre Koalition zusammenhalten, sind alles andere als stabil. In den Rängen der Rechten tummeln sich nicht nur bewaffnete Faschisten und unbeugsame Reaktionäre, sondern auch die Anhänger des rechtslibertären Ron Paul, dessen Philosophie mehr auf den Individualismus und den persönlichen Wohlstand als auf einen kollektiven Kreuzzug gegen Machtstrukturen und verwundbare soziale Gruppen abzielt.

Der effektive Ausschluss der radikalen Rechten aus dem Machtzentrum der Republikanischen Partei belastet ihre Loyalität und könnte sie gegen die etablierte Führungsriege aufbringen, welche wiederum gegen die radikal Rechten vorgehen wird. Zwar könnten die Demokraten daraus zeitweise Profit schlagen. Wenn jedoch politische Spannungen den sozialen Frieden bedrohen, besteht ebenfalls die Möglichkeit, dass sie einen Trend zu einem repressiveren Staat beschleunigen könnten.

DAS WAHLMÄNNERKOLLEGIUM MIT SEINEN EIGENEN WAFFEN SCHLAGEN

Das Wahlsystem der Vereinigten Staaten war ursprünglich so angelegt, dass nur weiße, besitzende und männliche Bürger das Wahlrecht verliehen bekamen. Seine Demokratisierung ist ein andauernder Prozess, dem noch ein langer Weg bevorsteht. Kleinen, ländlich geprägten Staaten (hauptsäch-

lich republikanisch regierten) kommt dabei ein unverhältnismäßiger Einfluss bei der eigentlichen Wahl des Präsidenten über das Wahlmännerkollegium und im Senat zu. Bob Wing schreibt:

«Die Gründer der Vereinigten Staaten waren Sklavenhalter und erfanden das Wahlmännerkollegium als ihre Interessenvertretung. [...] Das Wahlmännerkollegium ... [stattet] jeden Bundesstaat mit einer Anzahl an Wahlmännern aus, die der Größe seiner Delegation in beiden Häusern des Kongresses entspricht. Mit einer De-facto-Sperre auf Abgeordnetenhaus und Präsidentschaft dank der sogenannten Drei-Fünftel-Klausel hielten die Sklavenhalter 50 der ersten 72 Jahre [vor dem Bürgerkrieg] lang die Präsidentschaft inne. Seit reaktionäre Südstaatler als Zeichen des Protestes gegen die Bürgerrechtsgesetzgebung der 60er Jahre massenhaft aus der Demokratischen Partei austraten, hat das Kollegium den Republikanern einen ständigen Vorsprung beim Gewinn der Präsidentschaft beschert.

Das im System des Wahlmännerkollegiums verankerte rassische Ungleichgewicht ist die strukturelle Grundlage der notorisch rassistischen und höchst erfolgreichen Strategie der Südstaaten, die die Republikaner in den letzten vierzig Jahren verfolgt haben. Das Wahlmännerkollegium mit seinem Alles-oder-Nichts-Prinzip gewährleistet oder erfordert gar, dass rund die Hälfte der farbigen Wählerinnen und Wähler marginalisiert oder gänzlich ignoriert werden ... [Das] System verleiht den überwiegend konservativen und weißen Republikanern in den ländlichen Bundesstaaten dreimal mehr Stimmgewicht im Vergleich zu den Staaten mit großer, rassistisch gemischter und hauptsächlich demokratisch wählender Bevölkerung.

So hat zum Beispiel Wyoming wenig mehr als 240 000 Wählerinnen und Wähler, verfügt aber trotz seiner geringen Bevölkerung über drei Stimmen im Wahlmännerkollegium. Obwohl die Durchschnittsbevölkerungsanzahl pro Sitz im Kongress etwa 700 000 beträgt (mit variierenden Zahlen von Wählern, immer jedoch höher als Wyomings 240 000), wird jedem Staat, wie klein er auch sein mag, ein Minimum von zwei Senatoren und einem Kongressabgeordneten garantiert, mit der Folge, dass Wyoming über eine Wahlmänner-Stimme für etwa 80 000 Wahlberechtigte verfügt. Im Vergleich erhalten bevölkerungsreiche Bundesstaaten wie Kalifornien eine Wahlmännerstimme pro 220 000 Wahlberechtigte.»

Dennoch spekuliert der Polit-Experte der linken Mitte Michael Tomasky darauf, dass das Wahlmännerkollegium Obama trotz sehr enger Umfragewerte sogar in die Karten spielen könnte. Denn in den sogenannten Swing States – jenen elf Staaten auf, in denen der Wahlausgang derzeit völlig offen ist (Arizona, Colorado, Florida, Iowa, Missouri, Nevada, New Hampshire, North Carolina, Ohio, Pennsylvania und Virginia) – führt Obama in neun, Romney nur in zwei Staaten (Arizona und Missouri), und das auch noch knapp. Die nötige Mehrheit von 270 Wahlmännern zu erreichen, könnte für den republikanischen Kandidaten daher ein schwieriges Unterfangen werden: «Hätte die Republikanische Partei in den letzten Jahren nicht alles in ihrer Macht Stehende getan, die Latinos, die New-Economy-Angestellten und die jungen Menschen abzuschrecken, wäre die Partei heute wettbewerbsfähig», schreibt Tomasky. «Aber die Republikaner haben sich entschieden, keine solche Partei zu sein. Sie haben stattdessen dafür optiert, eine Partei des Hasses und des Verdresses zu sein.»

VOR UND NACH DER WAHL

Die Ungewissheit der Rechten einerseits und die Isolation und das organisatorische Chaos der Linken andererseits lassen für die kommenden Jahre nichts Gutes ahnen. Die glühende Feindschaft der Rechten hat bereits gewalttätige Formen angenommen, wie sie sich besonders krass im fast tödlichen Attentat auf Gabrielle Gifford zeigten, einer gemäßigten demokratischen Kongressabgeordneten.

Sollte Obama gewinnen, wird dies erneut mit Hilfe einer Basis gelingen, die links von ihm steht, auch wenn es keine Anzeichen dafür gibt, dass er seine Regierungshaltung der Mitte aufgeben wird. Um wirklich Einfluss auszuüben, benötigt die Linke einen Grad an Organisation und politischer Raffinesse, der ihr gegenwärtig fehlt. Immerhin kann die Linke bei einem Wahlerfolg Obamas ein schärferes politisches Verständnis dafür gewinnen, was eine Amtsführung der Demokraten vermag und was nicht. Eine Wiederwahl Obamas wird darüber hinaus die Ablehnung der breiten Bevölkerung gegen die Rechte stärken und verbreitern. Dies ist von großer Wichtigkeit, wird die radikale Rechte doch vermutlich von weiteren Extremen Gebrauch machen, die von Klagen bis zu nackter Gewalt reichen können.

Wenn Romney zum nächsten Präsidenten gewählt wird, werden wir vermutlich Zeuge eines heftigen, von oben ini-

tierten Wiederauflebens der Rechten – von Anhängern des «freien Marktes» bis zu bekennenden Rassisten –, die weder Bundes- noch lokale Regierungen in die Schranken werden weisen können.

Die «Hoffnung», die die fortschrittlichen Kräfte 2008 zusammgeführt hatte, hat sich auf die vielversprechenden Entwicklungen des letzten Jahres verschoben, wobei insbesondere Occupy Wall Street hervorzuheben ist. Aber solange das politische Vakuum der Linken nicht gefüllt ist, wird die Macht in Amerika mehr oder weniger durch die Ängste und Sorgen der konzerndominierten Mitte-Rechts-Strömung geprägt. Kurz: Die Auseinandersetzung hat begonnen – auf der einen Seite das Gedrängel um die kurzfristigen Gewinnmargen; auf der anderen Seite Klimaschutz, Sicherung des nationalen Lebensstandards und geopolitische Alternativen zum endlosen Krieg. Wenn die Ziele der nächsten Präsidentschaft mit dem Markt beginnen und enden, dann steht der Wählerschaft 2016 womöglich eine Katastrophe bevor.

Ethan Young lebt in Brooklyn. Er editiert den Blog «Economy Watch» für das New Yorker «Brecht Forum» (brechtforum.org/economywatch) und ist Moderator von «Portside.org».

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127 · Fax -122
m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Mai 2012

Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

STANDPUNKTE 2012

06/2012

Sanktionen bei Hartz IV: unbedingt verfassungswidrig!

05/2012

MARIO KESSLER/KLAUS LEDERER
DIE LINKE, Israel und der Antisemitismus: Thema beendet?

04/2012

RENÉ SCHUSTER
Braunkohlerepublik Brandenburg?

03/2012

ULRICH BUSCH
Finanzindustrie – Begriff,
volkswirtschaftliche Bedeutung, Kritik

02/2012

CHRISTOPH NITZ
Schnittstellen: Dialog, Synergien und Macht

01/2012

VORSTAND DES REPUBLIKANISCHEN ANWÄLTINNEN-
UND ANWÄLTEVEREINS
Rechtsstaat auf sächsisch

STANDPUNKTE 2011

39/2011

TADZIO MÜLLER
Globaler Klimaschutz: Klappe, die Siebzehnte

38/2011

INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE
Eine offene historische Situation

37/2011

GREGOR GALL
Widerstand gegen Rezession und Entlassungen

36/2011

HOLGER POLITT, JÖRN SCHÜTRUMPF
Das Erfurter Programm 1891

35/2011

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT VON ATTAC
Die Finanzmärkte kontrollieren statt die Bevölkerung von
Schuldnerstaaten auszupressen

34/2011

DIETER KLEIN
Das Viereck – Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung
der Linken

33/2011

INSTITUT SOLIDARISCHE MODERNE
Sozialökologischer Umbau auf dem Weg in eine solidarische
Moderne

32/2011

GERD WIEGEL, ROLAND BACH
Mäßig bis desaströs

31/2011

LUTZ MEZ
Atomenergie – Renaissance oder Talfahrt?

30/2011

ANDREAS DIERS
«Marxismus und Staat» reloaded

29/2011

ERIC MANN
Transformatives Organizing –
Praxistheorie und theoriegeleitete Praxis

28/2011

UNO-Militäreinsätze in der Diskussion der Linken

27/2011

HARALD WEINBERG
Eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung
ist möglich

26/2011

INGO STÜTZLE
Downgrade!!! Macht und Ohnmacht der Rating-Agenturen

25/2011

LUTZ BRANGSCH
Griechische Krisen und deutsche Exportüberschüsse

24/2011

ALEXANDER SCHLAGER
«Stuttgart 21» und die Demokratiefrage

23/2011

STEFAN BOLLINGER
Der Sieg, der eine Niederlage war

22/2011

FRIEDHELM HENGSBACH SJ
Europäische Solidarität – nicht zum Nulltarif

21/2011

PETER BIERL
Tierrechts-Bewegung auf Abwegen

20/2011

HELMUT MATTHES
Eine vorläufige Bilanz der Finanzkrise